

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische
Anstalt, Riesa.

Amtsblatt

Verlagsstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 8.

Donnerstag, 11. Januar 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßa, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelgenussnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastantenstraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Tagesgeschichte.

In Frankreich ist gestern der Anarchist Baillant, der die Bombe in die Deputirten-Kammer warf, zum Tode verurtheilt worden, man läßt dem Morddruber zu Theil werden, was er sich verdient. Unseren sozialdemokratischen Führern, die so gern leugnen möchten, aber doch nicht leugnen können, daß das Treiben der Anarchisten nur die Konsequenz der sozialdemokratischen Lehre ist, scheinen die anarchistischen Vorgänge in Paris stark in die Glieder gefahren zu sein. Wer die Verheerungen der Umsturzpartei aufmerksam verfolgt, dem kann es nicht entgangen sein, daß sich der „Vorwärts“ und seine Gefährten im Reich seit einigen Wochen einer ungewöhnlichen Mäßigung befleißigen. Man hegt offenbar die Befürchtung, daß Maßregeln, wie sie in dem früheren Sozialistengesetz getroffen waren, aufs Neue geplant werden könnten, wenn die sozialdemokratische Presse ihre die öffentliche Ordnung untergrabende Thätigkeit auch gegenwärtig fortsetzen wollte. Es scheint daher die Parole ausgegeben zu sein, zunächst vorsichtig zu verfahren, natürlich nur so lange, bis die Aufregung über die Attentate in Barcelona und Paris sich wieder gelegt haben wird. Das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie, weit entfernt, jene Vorgänge zu beschönigen, thut vielmehr fortdauernd so, als ob es ebenso wie die bürgerliche Presse dieselben verabscheue, und ist nur demüthigt, bei jeder neuen Auslassung die Bedeutung der Attentate abzumildern und sie als eine von der Polizei angezettelte Komödie hinzustellen. Daß der Zeitung der deutschen Sozialdemokratie die anarchistischen Ausstriche höchst unerwünscht gekommen sind, ergibt sich deutlich aus einer Rede, die der Abgeordnete Bebel kürzlich in Zürich gehalten hat. Ganz besonders bezeichnend für die Vorsicht, mit der Herr Bebel z. B. vorgehen zu sollen glaubt, war seine Aeußerung auf die Frage, ob, wenn es ihm gelänge, seine Lieblingsidee, die Einführung des Wollsystems, durchzuführen, das Volk auch von den Waffen, die man ihm gäbe, Gebrauch machen solle. Er antwortete: „Darauf sage ich nicht. Oder halten Sie mich denn für einen solchen Esel, daß ich darauf Antwort gebe und mich in Deutschland draußen kompromittire?“

Deutsches Reich. Das bereits gestern kurz gemeldete Dementi der „N. Allg. Z.“ bezüglich der Krifengerichte lautet wörtlich: „In den letzten Wochen sind allerlei Krifengerichte bald da, bald dort durch die Blätter zu verbreiten versucht worden. Das eine Mal wurden aus einer längeren Sitzung des preussischen Staatsministeriums rein willkürliche Schlüsse gezogen, das andere Mal wurde ein Conflict wegen der Finanzvorlagen erdichtet, welche die verbündeten Regierungen dem Reichstage gemacht haben, und endlich wurde „zuverlässig“ und „von gut unterrichteter Seite“ ein absolut erfundenes, angeblich mit den Colonialverhältnissen zusammenhängendes Entlassungsgeheiß des Reichslanzlers aufgebracht. Haben einzelne Mäthe der Krone miteinander oder nacheinander Vorträge bei Sr. Majestät, so fehlt es nicht an Zeugnissen, die darin ein Symptom für unsichere Zustände in der Regierung erkennen wollen. An diesem ebenso thörichten wie verwerflichen Treiben waren nicht nur untergeordnete Geister der Journalistik theilhaftig, auch ganz ernsthafte Blätter ließen sich in die Täuschung verwickeln. Ob das Motiv der Urheber für die Fabrication von Krifengerichten mehr in Böswilligkeit oder in niedriger Sensationslust besteht, bleibe dahingestellt. Wer die Presse des Auslandes, und leider auch des uns befreundeten, verfolgt, kann über die Wirkung nicht im Unklaren sein. Um so mehr erscheint der Rath zur Vorsicht gegenüber derartigen leichtfertigen Ausstreunungen am Plage.“ — Ferner schreibt das halbamtliche Blatt: „Das Depeschenbureau „Herold“ verbreitet unterm Gestirgen eine Nachricht über ein beim Finanzminister stattgefundenes Diner und läßt Herrn Dr. Wiquel Aeußerungen über die Aussichten des russischen Handelsvertrages im Reichstage thun, die den Stempel der Erfindung an der Stirn tragen. Wir sind in der Lage, zu versichern, daß ebenso die Angaben des genannten Bureau über die Theilnehmer an dem Diner, als auch seine Mittheilungen über das, was der Herr Finanzminister gesagt haben soll, total falsch sind.“ Nach dem „Herold“ hätte bei dem Festessen Herr Wiquel geäußert, mit dem gegenwärtigen Reichstage sei auf die Dauer nicht auszukommen. Es sei zweifelhaft, ob der Handelsvertrag mit Rußland eine Mehrheit im Reichstage finde. Wenn der Reichstag den Wein und das Bier nicht besteuern wolle, so

möge er doch den Branntwein heranziehen. Dagegen habe der Finanzminister sich gegen eine scharfe Besteuerung des Kunstweines, gegen die Inkeratensteuer und gegen die Besteuerung des Tabaks nach dem Gewicht ausgesprochen.

Ueber die Bedeutung des Bundes der Landwirthe schreibt eines der angesehensten Blätter Schlesiens, die „Schlesische Zeitung“, in einem Rückblick auf das Jahr 1893 wie folgt: „Nächst dem weiteren Fortschritte in dem Rückgange des „Freislands“, dem eine sehr bedeutende Vermehrung der konservativen Parteien . . . gegenübersteht, ist bei den Landtagswahlen ganz besonders der Einfluß des Bundes der Landwirthe von Interesse gewesen. Diese schnell zu gewaltiger Macht gelangte Vereinigung hat, wie der unmittelbare Anlaß zu ihrer Bildung von Schlesiens (durch den Rupprechtischen Aufruf) ausgegangen ist, so auch eine außerordentliche Verbreitung und durch geschickte Organisation eine tonangebende Stellung in unserer Provinz erlangt. Insbesondere den Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland gegenüber nimmt der Bund eine sehr entschiedene, ablehnende Stellung ein, die er auch durch die offizielle Vertretung der schlesischen Landwirthe, den Landwirthschaftlichen Centralverein, in einer (in der außerordentlichen Generalversammlung am 9. November beschlossenen) Resolution hat zum Ausdruck bringen lassen.“

Die „Nationalztg.“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, die bisher vereinbarten Bestimmungen des deutsch-russischen Handelsvertrages betreffen auch eine Reihe landwirthschaftlicher Produkte, insbesondere Kartoffel- und Stärkemehl, Hopfen, junges Gemüße und Röhre. Die deutschen Unterhändler hätten ausdrückliche Instruktion, soweit nur möglich, die Interessen der deutschen Landwirthe nachdrücklich wahrzunehmen. Dinsichtlich der angeführten Produkte sei dies auch gelungen. — Es wäre dies ein weiterer Erfolg den der Bund der Landwirthe mit seiner energischen Opposition erzielt hat.

Wie der „N. F. V.“ aus München von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat sich das Befinden des Königs Otto in letzter Zeit bedenklich verschlechtert. Der im Schlosse Jägerstried wohnende Kranke litt in jüngster Zeit an länger anhaltenden Ohnmachtsanfällen. Seiner Umgebung gegenüber ist er ganz apathisch und auch schon seit geraumer Zeit nicht mehr Herr über alle Körperverrichtungen.

Vom Reichstage. Am Mittwoch, als einem Schwermittwoch, beschäftigte sich der Reichstag mit der weiteren Beratung der Anträge auf Aenderung des Invaliditätsgesetzes. In der Wichtigkeit des Gegenstandes stand die Theilnahme in einem traurigen Gegenstande. Bei Beginn der Sitzung zählte man nach der „T. R.“, schreibe und sage, volle 32 Abgeordnete, und späterhin dürfte ihre Zahl sich jedenfalls noch nicht bis auf 100 erhöht haben. Diesen Zahlen entsprach die, sagen wir höflicher Weise „Aufmerksamkeit“, welche den Rednern geschenkt wurde. Der Anfang konnte dabei recht wohl den Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen bieten, da Herr Singer sich in sehr scharfer Weise über die „schwarzen Listen“ äußerte, welche von Arbeitgebern über sozialdemokratische Arbeiter geführt würden. Als Beispiel brachte er einen „Uriaabrief“ vor, welchen der Direktor der Grube „Eise“ an die Werke bei Senftenberg unter dem 7. Juli 1893 gerichtet hatte. In diesem „vertraulichen“ Schreiben wurde mitgeteilt, daß 70 Arbeiter wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen seien, und es wurde zugleich gebeten, künftig bei Aufstellung der schwarzen Listen, um Verwicklungen zu vermeiden, auch Geburtsort und Alter der entlassenen Arbeiter anzugeben. Herr Singer hatte für dieses Schreiben nur „ein verächtliches Pfu!“ Seinen Ausführungen folgte auf dem linken Flügel des Bundesrathes Herr v. Boetticher mit dem Bleistift in der Hand, während Herr Marschall von Bieberstein sich zu lebhafter Unterhaltung in den Saal zu dem Vizepräsidenten Vuelberenberg begab, der bald darauf Herrn von Leveyow im Borsig ablöste. Die mehrfach erwartete Antwort der Regierung blieb aber aus. Auch auf die Aeußerung Singers, daß die soziale Gesetzgebung nur „ein Produkt der Furcht vor der Sozialdemokratie“ sei, ward nichts erwidert. Recht zutreffend äußerte der nationalliberale Dr. Boettcher sein Erstaunen darüber, daß die Berathung so „harmlos friedlich“ verlaufe, und bemerzte dazu, daß das Interesse für das Gesetz im Lande — „oder doch bei den Kollegen“ — nicht gerade brennend sein müsse. Sein einschläfernder Redestrom vermochte jedoch aber freilich nicht, das Interesse der Hörer zu beleben. Weit lebhafter sprach sein Parteigenosse Kom-

merzienrath Koesike, der Direktor der Schültheiß-Brauerei, ein hagerer Herr im jugendlichen schwarzen Rock, mit kurzgeschneidtem Vollbart und glattgeschneidtem, dunklem Haar. Die linke Hand in der Hosentasche, mit der rechten den Kneifer lebhaft schwenkend, spricht er schnell, fast hastig und mit scharfer klarer Betonung. Ihm folgten die feindseligen Brüder, Richter, der wehmüthig erklärte, trotz sorgsamster Beobachtung des Gesetzes und allen Studirens sei er um nichts klüger geworden, und Richter, der das Gesetz am liebsten aufheben wollte, wenn das nur so einfach möglich sei. Nachdem dann noch der sozialdemokratische Vertreter von Offenbach, Ulrich, ferner Frhr. von Rantessell und der freisinnige Volksparteiler Bed gesprochen, ergriff Herr von Boetticher das Wort zur Vertiefung des vielfach angegriffenen Gesetzes. An seinen Grundrissen zu rütteln, erklärte der Minister für vertekelt. Zur Vereinfachung des „Rebelegesetzes“ aber sei er bereit, größere Marken für vier Wochen einzuführen, sowie statt der Karten Quittungsbücher mit Sicherheitsmaßregeln, damit diese nicht zu „Arbeitsbüchern“ gemacht werden könnten.

Oesterreich. In Prag kamen am Dienstag Ausjárteitungen vor anlässlich des Leichenbegängnisses des Soldaten Watauschel, welcher im Kampfe mit einem Polizeiwachmann, gegen dessen dienstliches Eingreifen er sich zur Wehr gesetzt hatte, getödtet worden war. Die angesammelten Volksmassen drängten vom Poric gegen den Pulverturm, so daß die Polizeiwache von dem Säbel Gebrauch machen mußte. Drei Personen wurden verhaftet. — Der Olmüher Erzbischof Sohn, der zum ersten Male im Landtage zu Brunn erschien, leistete die Angelobung in tschechischer Sprache, wofür die Tschechen ihm lebhaft jubelten. Ein Tschechblatt schreibt, das tschechische Volk werde dies dem Erzbischof stets dankbar gedenken.

Frankreich. Der Prozess gegen den Bombenwerfer Baillant hat gestern unter weitgehenden Sicherheitsvorkehrungen stattgefunden. Eine Depesche besagt: Die Thüren des Geschworenensalles sind streng überwacht. In den Wandelgängen ist wenig Publikum, im Saale starker Andrang. Gustave Rothschil, einer der Geschworenen, fehlte. Baillant gab bei dem Eintritt in den Saal einem Anwesenden ein Zeichen. Er hörte die Verlesung der Anklage in fester Haltung aufmerksam an und antwortete bei dem Verhöre in festem Tone. — Gerüchtweise verlautet, am Eingange des Justizpalastes sei eine Bombe mit erschütternder Zündschnur gefunden worden. Der Angeklagte leugnet, zur Ausführung seiner That Geld erhalten zu haben. Paul Reclus habe ihm 20 Franken gegeben, aber einzig und allein, um ihm auszuhelfen. Seine Absicht sei nicht gewesen, die Zuschauer auf der Tribüne, sondern die Deputirten zu treffen, weil er letztere für die Urheber des sozialen Elends halte. Baillant leugnet abdam, nach dem Attentat haben stehen zu wollen und leugnet ferner, überhaupt Jemand haben tödten zu wollen; (!) denn sonst hätte er die Bombe nicht mit Nägeln, sondern mit Patronen gefüllt. Als der Präsident Baillant entgegenhielt, daß er so spreche, um sein Leben zu retten, protestirte er sehr energisch dagegen. Hierauf wurde das Verhör abgebrochen. — Der Generalprokurator wies nach, daß Baillant nicht durch seine Nothlage, sondern durch seine Eitelkeit zum Verbrechen gelangt sei. Er habe die Kammer für sein Attentat gewählt, weil er damit noch größeres Aufsehen erregen wollte, als die Urheber des Attentats von Barcelona. Der Generalprokurator beantragte die Todesstrafe und ermahnte die Geschworenen eindringlich, ihre Pflicht zu thun. — Der Direktor des südtürkischen Laboratoriums, Girard, erklärte, die von Baillant geworfene Bombe würde mehrere Personen getödtet haben, wenn sie nicht in der Luft explodirt wäre. Der Verteidiger Baillants, Labori, hob in seiner Verteidigungsbrede hervor, das von Baillant begangene Verbrechen gehöre nicht zu den Verbrechen gegen die Gesellschaft. Baillant habe Niemand getödtet; es sei daher unmöglich, ihn zum Tode zu verurtheilen. Die Geschworenen zogen sich hierauf zur Berathung zurück. Nach Wiedereintritt der Geschworenen wurde das Verdict derselben verkündet, das auf „schuldig“ lautete. Baillant wurde zum Tode verurtheilt und tief bei Verkündung des Urtheils: „Es lebe die Anarchie!“

Rußland. Aus Petersburg wird geschrieben: Eine rumänische Sängergesellschaft, die sich zu Fuß von Warschau nach einer Nachbarstadt begeben wollte, wurde unterwegs von